

# Kaltenegger: Wohnen darf nicht arm machen

„Wohnen darf nicht arm machen. Deshalb ist eine klare Begrenzung der Wohnungskosten notwendig“. Das sagte der Grazer Wohnungsstadtrat Ernest Kaltenegger (KPÖ) nach Bekanntwerden der aktuellen Zahlen über den Preisanstieg beim Wohnen. Im Mai sind die Betriebskosten gegenüber dem Vorjahr um 14 %, die Wohnungsmieten um 5% und die Haushaltsenergie um 6,7% teurer geworden.

Kaltenegger: „Diese Zahlen widerlegen alle Sprecher der Hausherrenlobby, die behauptet hatten, dass der Markt alles regeln würde und die Mieten dadurch sogar sinken könnten. Wenn es

auf dem Wohnungssektor keine Obergrenzen gibt, dann gehen die Kosten nach oben“. Kaltenegger fügte hinzu, dass die Richtwerte in der Steiermark die dritthöchsten in Österreich und

weit höher seien als in anderen Bundesländern – beispielsweise Wien. Dabei kann keine Rede davon sein, dass die Steirerinnen und Steirer auch bei den Löhnen den dritten Platz belegen würden. Deshalb lehnt die steirische KPÖ das undurchschaubare Richtwertsystem bei den Mieten ab und fordert die Rückkehr zu Kategoriemietzinsen mit klar festgelegten Obergrenzen.

## Weitere Forderungen der KPÖ sind:

- Offensive zum Bau leistbarer Mietwohnungen. Um dies gewährleisten zu können, darf es zu keiner zweckfremden Verwendung der Wohnbauförderungsmittel kommen.
- Ziel einer sozialen Wohnbaupolitik sollten Wohnungen sein, die sich berufstätige Mieterinnen und Mieter auch ohne Wohnbeihilfe leisten können.
- Volle Einbeziehung der Betriebskosten in die Wohnbeihilfe.
- Rücknahme der seinerzeitigen Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe des Landes.

Mehr  
Millionäre  
– mehr  
Arbeitslose



Peter Scherz, Arbeiterkammerrat des GLB

„In Österreich gibt es immer mehr Millionäre und immer mehr arme Menschen und Arbeitslose. Da kann etwas nicht stimmen“. Das sagte der steirische Arbeiterkammerrat Peter Scherz (GLB) als Reaktion auf die Berichte, wonach die Zahl der Reichen mit einem Finanzvermögen von mehr als 1 Mio. Dollar weltweit um 600.000 Menschen oder 7,3 Prozent auf 8,3 Mio. gestiegen ist.

Die Zahl der österreichischen Reichen legte im vergangenen Jahr um 5,1 Prozent um 2.100 Personen auf 63.300 Menschen zu.

Die Schere zwischen Reich und Arm wird immer größer. Das dürfen die Organisationen der Arbeiterbewegung nicht widerstandslos hinnehmen. Deshalb bringt der Linksblock in der nächsten Vollversammlung der steirischen AK eine Resolution ein, in der er dafür eintritt, gesetzlich eine Obergrenze zu schaffen, wonach Spitzenbezüge in Wirtschaft und Politik nicht mehr als das Zehnfache eines Mindestlohnes von 1.100 € monatlich betragen sollen.

Außerdem verlangt der GLB die Offenlegung aller Vorstandsgehälter in Österreich. Das ist kein Neidkomplex. Es soll nur gezeigt werden, dass genau die Leute, die uns Arbeitern Sparen und Verzicht predigen, selber in Saus und Braus leben.



Viele Menschen können sich das Wohnen kaum noch leisten, mit Werbung allein ist nicht geholfen.

## Lärmschutz: Warten, warten, warten

Die Anrainer an den Bestandsstrecken der ÖBB in Graz werden noch viele Jahre lang auf den Bau von Schallschutzmaßnahmen warten müssen. Das geht aus der Antwort von SPÖ-Vizebürgermeister Ferk auf eine Anfrage von KPÖ-Gemeinderat Johann Slamanig hervor.

Im Mai 2000 wurde die Bundesbahn gesetzlich verpflichtet, an ihren Strecken Schallschutzmaßnahmen vorzunehmen. Die Stadt Graz hat mit Land und Bund damals einen Vertrag geschlossen, der die Errichtung

von Schallschutzwänden an den Bestandsstrecken der ÖBB in der steirischen Landeshauptstadt vorsah.

Seither sind viele Jahre vergangen und die Hoffnungen der Anrainer auf eine Lösung ihres Problems wurden bisher nicht erfüllt. Der Bau von Schallschutzeinrichtungen scheint auf die lange Bank geschoben worden zu sein.

Nun wurde im Juli 2004 der Stadtregierung vom Umweltamt ein fertiges Projekt präsentiert.

Seither ist wieder beinahe ein Jahr vergangen. Wenn man nicht bald eine Entscheidung über dieses Projekt trifft, wird seine Verwirklichung noch weiter hinausgeschoben, weil Land und Bund ohne Initiativen aus Graz keine Veranlassung sehen, die notwendigen Mitteln zu budgetieren.

Johann Slamanig: „Man darf sich jetzt nicht auf die schlechte Finanzlage der Stadt Graz herausreden. Über die Finanzierungsnotwendigkeit der Schallschutzmaßnahmen weiß man im Rathaus seit dem Jahr 2000 Bescheid.“